

N i e d e r s c h r i f t

PLBUA/IX/38

Niederschrift über die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses der Gemeinde Rosendahl am 07.02.2019 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend sind:

Der Bürgermeister

Gottheil, Christoph Bürgermeister

Der Ausschussvorsitzende

Lembeck, Guido

Die Ausschussmitglieder

Espelkott, Tobias
Gövert, Hermann-Josef
Hemker, Leo
Kreutzfeldt, Klaus-Peter
Söller, Hubertus
Steindorf, Ralf
Weber, Winfried
Wigger, Bernhard

Beratendes Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Förster, Richard

Von der Verwaltung

Brodkorb, Anne	Fachbereichsleiterin
Nürenberg, Anna	Kämmerin
Kortüm, Herbert	Stabsstelle
Schlüter, Stephanie	Sachbearbeiterin
Schulz, Alexander	Produktverantwortlicher
Heitz, Marco	Schriftführer

Als Gast zu TOP 5 ö.S.

Ortmann, Jan M.Eng	Bode Planungsgesellschaft für Energieeffizienz m.b.H.
Rickert, Sebastian M.Sc.	Bode Planungsgesellschaft für Energieeffizienz m.b.H.

Als Gast zu TOP 4 nö.S.

Gladisch-Kojo, Birgitt Flächenpool NRW

Es fehlt entschuldigt:

Beratendes Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Branse, Martin

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 22:08 Uhr

Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Lembeck begrüßt die Ausschussmitglieder, die Zuhörerinnen und Zuhörer, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie Frau Reher von der Allgemeinen Zeitung.

Er stellt fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 29. Januar 2019 form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch

1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (1. Teil)

1.1 KAG-Beitragssatzung - Herr Kramer

Herr Kramer möchte wissen, wo es geregelt sei, dass die KAG-Beitragssatzung bei Maßnahmen angewandt werden müsse und die Steuerhebesätze erhöht werden dürfen. Ihm sei bekannt, dass die Gemeinde Nottuln sich im Haushaltssicherungskonzept befinde und trotzdem keine Erhöhung der Steuerhebesätze vorgenommen habe.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass es rechtliche Regelungen gebe, wann die KAG-Beitragssatzung angewandt werden müsse. Im Jahr 2015 sei der Beschluss zur Erhöhung der Steuerhebesätze der KAG-Beitragssatzung Rosendahl durch den Rat der Gemeinde Rosendahl gefasst worden. Er ergänzt, dass nach § 77 der Gemeindeordnung (GO NRW) eine Rangfolge für die Einnahmebeschaffung vorgegeben sei, wie bei der Akquirierung von notwendigen Mehreinnahmen vorgegangen werden müsse. Danach müsse beispielsweise zuerst die KAG-Beitragssatzung angepasst werden. Erst nach Ausschöpfung spezieller Einnahmepotentiale könne im Sinne einer Rangfolge über eine allgemeine Steuererhöhung nachgedacht werden. Zu der finanziellen Situation der Gemeinde Nottuln liegen ihm keine Informationen vor.

2 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO

2.1 Baumaßnahme ehemalige Gaststätte "Elfers" in Darfeld - Herr Steindorf

Fraktionsvorsitzender Steindorf möchte wissen, wie mit der Baumaßnahme an der ehemaligen Gaststätte „Elfers“ und dem Nebengebäude in Darfeld umgegangen werde. Es könne kein Baufortschritt festgestellt werden und der Bürgersteig vor der Liegenschaft sei durch ein mobiles WC für Fußgänger gesperrt. Er wünsche sich, dass der Maßnahmenträger durch die Gemeindeverwaltung zum weiteren Handeln aufgefordert werde und der Bürgersteig wieder begehbar gemacht werde.

Fachbereichsleiterin Brodkorb teilt mit, dass sowohl die Abriss- als auch die Baugenehmigung vorliege. Bei dem im Rahmen der Abbrucharbeiten zeitweise freistehenden Giebel der Liegenschaft habe es Unstimmigkeiten bzgl. der Standsicherheit eines zeitweise stehengebliebenen Mauerteils gegeben, dem der Kreis Coesfeld als Genehmigungsbehörde nachgegangen sei. Zum Schutz der Bevölkerung sei durch die Gemeinde ein Bauzaun aufgestellt worden. Ein Ortstermin mit dem Kreis Coesfeld solle stattfinden, so Frau Brodkorb, um mögliche Maßnahmen der Sicherung der Ruine abzustimmen.

2.2 Baumfällaktion am Naturdenkmal "Holtwicker Ei" in Holtwick - Herr Weber

Fraktionsvorsitzender Weber geht auf die Baumfällungen an dem Naturdenkmal „Holtwicker Ei“ in Holtwick ein. Es herrsche große Unzufriedenheit mit dem Informationsaustausch seitens der direkt angrenzenden Nachbarn. Es werde gewünscht, dass eine entsprechende Information an dem Naturdenkmal angebracht werde.

Fachbereichsleiterin Brodkorb teilt mit, dass die Baumfällungen vorrangig im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht erfolgt seien und diese aufgrund gesetzlicher Vorgaben nur bis zum 28. Februar durchgeführt werden dürften. Über die Baumfällungen sei der Nachbarschaftsvorsitzende und weitere Vertreter der Nachbarschaft „Eihook“ informiert gewesen. Weitere Maßnahmen könnten nach Vorliegen des Förderbescheides gerne weiter beraten werden.

Bürgermeister Gottheil ergänzt, dass am 17. Januar 2019 ein großer Ortstermin an dem Naturdenkmal stattgefunden habe, Hierzu sei die Nachbarschaft eingeladen gewesen. Zudem habe der Eigentümer der Fläche seine Zustimmung zu den Maßnahmen der Gemeinde gegeben. Auch die direkt angrenzenden Nachbarn seien über die Maßnahmen informiert worden. Ein Gesamtkonzept solle erstellt werden und dann der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden. Ein entsprechender Förderantrag (LEADER) sei gestellt worden und mit Blick auf die Vorbereitung der eigentlichen Umgestaltung in den Sommermonaten hätte mit der Maßnahme begonnen werden müssen.

2.3 Verkehrsinsel Eggeroder Straße in Darfeld - Herr Espelkott

Ausschussmitglied Espelkott teilt mit, dass auf einer Verkehrsinsel an der Eggeroder Straße in Darfeld ein Baum entfernt worden sei und dadurch die Verkehrsinsel im Straßenverkehr spät zu erkennen sei. Er wünsche sich, dass die Verkehrsinsel besser gekennzeichnet werde.

Fachbereichsleiterin Brodkorb nimmt die Anregung auf.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Fachbereichsleiterin Brodkorb berichtet über die Durchführung der Beschlüsse aus der öffentlichen Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 22. November 2018.

Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

4 Genehmigung der öffentlichen Niederschrift gemäß § 24 Abs. 5 GeschO

Ausschussvorsitzender Lembeck fragt, ob es Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 22. November 2018 gibt.

Wortmeldungen erfolgen nicht.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

Die öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschuss PLBUA/IX/37 vom 22. November 2018 wird hiermit formal genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5 Kommunales Energieeffizienz Netzwerk Münsterland (KEEN)
Vorstellung des zweiten Zwischenberichtes durch Vertreter der Planungsgesellschaft Bode
Vorlage: IX/712**

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/712 und gibt Erläuterungen.

Er begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Herren Ortmann und Rickert von der „Bode Planungsgesellschaft für Energieeffizienz mbH“. Die Herren Ortmann und Rickert geben den zweiten Zwischenbericht mittels einer Power-Point-Präsentation ab und erläutern diverse Fragestellungen. Die Power-Point-Präsentation liegt der Niederschrift als **Anlage I** bei.

Ausschussmitglied Espelkott geht auf den Antrag der WIR-Fraktion ein, welcher der Niederschrift als **Anlage II** beiliegt. Eine Beratung und Erörterung solle beim Produkt 57 und 61 erfolgen. Er möchte wissen, ob die Möglichkeit bestehe, das Licht den Verkehrsverhältnissen, auch in den Abendstunden, anzupassen.

Herr Ortmann bestätigt, dass die Möglichkeit bestehe, dass sich die Lichtverhältnisse auf die Gegebenheiten einstellen können.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass entsprechende Fördermittel beantragt werden sollen und möchte wissen, ob eine Antragsstellung zum jetzigen Zeitpunkt mit einer fiktiven Berechnung möglich sei.

Herr Ortmann teilt mit, dass bisher eine Erfassung bei zumeist einem Leuchtmittel vorgenommen worden sei. Bei einem Austausch und/oder Dimmen der Leuchtmittel werden die 50 % Einsparpotenzial als Fördergrundlage erreicht. Die Regel sei es, dass Berechnungen zu der Ausleuchtung durch einen Sachverständigen vorgenommen werden.

Fraktionsvorsitzender Weber möchte wissen, wie hoch die Lebensdauer von LED-Leuchtmitteln sei und ob es Ausleuchtvorschriften für Straßenzüge gebe.

Herr Ortmann teilt mit, dass zu der Lebensdauer von LED-Leuchtmitteln verschiedene Angaben gemacht werden. Nach dem Erreichen eines bestimmten Leuchtkraftprozentatzverlustes solle ein Austausch erfolgen.

Herr Rickert geht von 50.000 bis 75.000 Stunden Leuchtdauer bei LED-Leuchtmitteln aus. Vorgaben zu der Ausleuchtung seien vorhanden und könnten zur Verfügung gestellt werden. Die Vorgaben zur Ausleuchtung von Straßenzügen liegen der Niederschrift als **Anlage III** bei.

Fachbereichsleiterin Brodkorb bestätigt, dass die Berechnung zu der Ausleuchtung von Straßenzügen eine komplexe Materie sei und diese durch eine Fachfirma erstellt werden solle.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass zur Beantragung von Fördermitteln auch der jetzige Zustand der Umkleidekabinen in Darfeld begutachtet worden sei.

Ausschussmitglied Espelkott möchte wissen, warum die Sporthalle in Holtwick nicht auch begutachtet worden sei und ob das Nutzerverhalten auch Beachtung gefunden habe und die vorliegenden Berichte zur Beantragung von Fördermitteln genutzt werden können.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass zur Erstellung der Berichte nur ein gewisses Stundenkontingent bei der beratenden Firma vorhanden sei, weitere Stunden seien zusätzlich zu vergüten. Deshalb seien Prioritäten bei den zu begutachteten Gebäuden nach den größten Auffälligkeiten gesetzt worden.

Herr Ortmann führt aus, dass das Nutzerverhalten nach DIN 18559 betrachtet worden sei und die Berichte zur Beantragung entsprechender Fördermittel genutzt werden könnten.

Ausschussmitglied Hemker möchte wissen, ob eine Umrüstung der Peitschenlampen auf LED-Leuchtmittel möglich sei.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass eine Umrüstung der Peitschenlampen möglich sei, es müsse hierbei aber wenigstens ein Einsparpotenzial von 50 % als Fördergrundlage erreicht werden. Die Umrüstung sei eventuell auch KAG-pflichtig.

Fachbereichsleiterin Brodkorb ergänzt, dass der Abstand der Peitschenleuchten bei einer Umrüstung gegebenenfalls angepasst werden müsse.

Fraktionsvorsitzender Weber teilt mit, dass er sich mit den DIN-Normen befasst habe und es eine große Komplexität gebe. Er gehe davon aus, dass nur vorhandene Leuchten umgerüstet werden.

Ausschussmitglied Wigger geht auf die Photovoltaikanlage am Umkleidegebäude in Holtwick ein und möchte wissen, wie der hohe Eigenverbrauch entstehe und ob in den Berechnungen auch die Wärmeerzeugung beinhaltet sei.

Herr Ortmann führt aus, dass bei Sportanlagen ein anderes Nutzerverhalten als bei einem Privathaushalt vorhanden sei. Er schlage vor, eine kleinere Anlage in Holtwick zu installieren. Auch sollen Messstellen zum Aufzeichnen des Nutzerverhaltens angebracht werden. Die Wärmeerzeugung sei nicht in den Berechnungen enthalten.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass nach seiner Einschätzung der erhöhte Energieverbrauch bei der Versammlungsstätte, der Küche und dem Kühlhaus zu finden sei und zu Stoßzeiten ein erhöhter Verbrauch vorliege. Wenn eine kleinere Anlage genutzt werden solle, werde eine entsprechende schnellere Amortisation erfolgen.

Ausschussmitglied Hemker möchte wissen, ob zur Ermittlung der Daten nur die letztjährigen Wetterdaten oder auch andere Daten herangezogen worden seien.

Herr Richter führt aus, dass Mittelnormdaten genommen und verrechnet worden seien.

Ausschussvorsitzender Lembeck bedankt sich bei den Herren Ortmann und Richter für die Ausführungen und verabschiedet sie.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

Der Ausschuss nimmt den Zwischenbericht ohne formale Abstimmung zur Kenntnis.

**6 1. Änderung des Bebauungsplanes "Fehlwischkamp" im Ortsteil Darfeld im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB)
Eingegangene Stellungnahmen
Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB
Vorlage: IX/701**

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/701 und gibt Erläuterungen.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag**:

Den in den Anlagen I bis IV der Sitzungsvorlage Nr. IX/701 beigefügten Beschlussvorschlägen wird zugestimmt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die in Anlage V aufgeführten Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange keine Anregungen und Bedenken beinhalten.

Der der Sitzungsvorlage Nr. IX/701 in Anlage VI beigefügte Planentwurf mit Begründung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes „Fehlwischkamp“ im Ortsteil Darfeld im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB) wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7 6. Änderung der 2. Erweiterung des Bebauungsplanes "Nördlich der Höpinger Straße" im Ortsteil Darfeld
Eingegangene Stellungnahmen
Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch
Vorlage: IX/705**

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/705 und gibt Erläuterungen.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag**:

Die der Sitzungsvorlage Nr. IX/705 in Anlage I und II beigefügten Beschlüsse des Rates vom 29.11.2018 werden bestätigt.

Dem in Anlage III beigefügten Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die in Anlage IV aufgeführten Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange keine Anregungen und Bedenken beinhalten.

Der der Sitzungsvorlage Nr. IX/705 in Anlage V beigefügte Planentwurf mit Begründung einschließlich Umweltbericht zur 6. Änderung der 2. Erweiterung des Bebauungsplanes „Nördlich der Höpinger Straße“ im Ortsteil Darfeld wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8 42. Änderung des Bebauungsplanes "Gartenstiege" im Ortsteil Holtwick im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB)
Eingegangene Stellungnahme
Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB
Vorlage: IX/696**

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/696 und gibt Erläuterungen.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag:**

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die in der Sitzungsvorlage Nr. IX/696 in Anlage I aufgeführte Stellungnahme des Kreises Coesfeld vom 14.01.2019 keine Anregungen und Bedenken beinhaltet.

Der der Sitzungsvorlage Nr. IX/696 in Anlage II beigefügte Planentwurf mit Begründung zur 42. Änderung des Bebauungsplanes „Gartenstiege“ im Ortsteil Holtwick im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB) wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9 1. Änderung des Bebauungsplanes "Nordwestlich der Holtwicker Straße" im Ortsteil Osterwick im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB)
Eingegangene Stellungnahmen
Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB
Vorlage: IX/697**

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/697 und gibt Erläuterungen.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag:**

Dem in Anlage I der Sitzungsvorlage Nr. IX/697 beigefügten Beschlussvorschlag zur Stellungnahme des Kreises Coesfeld vom 14.01.2019 wird zugestimmt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die in Anlage II aufgeführte Stellungnahme des Landesbetriebes Wald und Holz vom 17.12.2018 keine Anregungen und Bedenken beinhaltet.

Der der Sitzungsvorlage Nr. IX/697 in Anlage III beigefügte Planentwurf mit Begründung und Satzungstext zur 1. Änderung des Bebauungsplanes „Nordwestlich der Holtwicker Straße“ im Ortsteil Osterwick im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB) wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10 10. Änderung der 2. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Haus Holtwick" im Ortsteil Holtwick
Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB
Vorlage: IX/709**

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/709 und gibt Erläuterungen.

Ausschussmitglied Espelkott weist darauf hin, dass sich die Versorgungsleitungen der Gemeinde Legden in dem Bereich befinden und der Wasserversorgungsbereich durch die Gemeinde Legden umgeplant werden solle. Er vertritt die Meinung, dass, wenn eine Veränderung der Wasserleitung vorgenommen werde, dass die zusätzlichen Kosten durch die Gemeinde Legden zu tragen seien.

Bürgermeister Gottheil gibt bekannt, dass keine Informationen über Leitungsverlegungen durch die Gemeinde Legden vorlägen und ergänzt, dass der komplette Bereich, ohne Veränderung des Leitungsverlaufes wohl überplant werden solle, um eine entsprechende Vorratsplanung vorzunehmen. Ihm fehle die Kenntnis, ob eine Kostenweitergabe an die Gemeinde Legden möglich sei. Eine Antwort könne über die Niederschrift erfolgen.

Antwort: Nach Aussage der Produktverantwortlichen Berger sei keine Verlegung der Hauptwasserleitung nach Legden geplant.

Fraktionsvorsitzender Kreuzfeldt verlässt von 20.13 Uhr bis 20.17 Uhr die Sitzung.

Fraktionsvorsitzender Weber möchte wissen, wie tatsächlich die Anpflanzungen umgesetzt werden.

Fachbereichsleiterin Brodkorb führt aus, dass die Hecke durch die Gemeinde angepflanzt worden sei und ergänzt, dass nach Flächen, wo ökologische Maßnahmen möglich seien, geschaut werde, oder ein finanzieller Ausgleich vorgenommen werden müsse.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass bei einer kleinen Fläche Anpflanzungen in Eigenregie vorgenommen werden könnten.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag:**

Es wird beschlossen, das Verfahren zur 10. Änderung der 2. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes „Haus Holtwick“ im Ortsteil Holtwick für das Gebiet, das dem der Sitzungsvorlage Nr. IX/709 als Anlage III beigefügten Planentwurf mit Begründung einschließlich Umweltbericht und Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung zu entnehmen ist, durchzuführen. Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

Es wird die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Ebenso werden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB über die Planung unterrichtet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11 5. Änderung des Bebauungsplanes "Kleikamp II" im Ortsteil Osterwick im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)
Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB
Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB**

Vorlage: IX/710

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/710 und gibt Erläuterungen.

Ausschussmitglied Espelkott führt aus, dass die Traufhöhe zugunsten der Bauherren geändert werden solle und er wünsche sich, dass die umliegenden Anlieger hierüber informiert werden.

Fachbereichsleiterin Brodkorb nimmt die Anregung auf.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag:**

Es wird beschlossen, die 5. Änderung des Bebauungsplanes „Kleikamp II“ im Ortsteil Osterwick gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. IX/710 in Anlage II beigefügten Planentwurf mit Begründung und Satzung durchzuführen.

Gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und 3 wird die öffentliche Auslegung der Planunterlagen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12 Grundsatzbeschluss zur Ermöglichung der Grunderneuerung von Wirtschaftswegen im Gemeindegebiet in Eigenregie durch Dritte
Vorlage: IX/714**

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/714 und gibt Erläuterungen.

Ausschussmitglied Espelkott möchte wissen, ob der Anlieger der einzige Nutzer des herzustellenden Wirtschaftsweges sei.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass die betreffende Person als einziger seine Hofstelle über den Wirtschaftsweg anfähre und die am Wegrand angrenzenden vorhandenen Ackerflächen, die mehreren Eigentümern gehören, auch anderweitig erreicht werden könnten. Das Eigentum an dem Wirtschaftsweg solle aber nicht an den Nutzer übertragen werden.

Fraktionsvorsitzender Weber führt aus, dass die Instandsetzung der Wirtschaftswege durch Privatpersonen Überlegungen bei Bürgern hervorgerufen habe, um eine KAG-Beitragspflicht zu umgehen. Er möchte wissen, ob für die Instandsetzung von innerörtlichen Straßen auch eine GbR durch die Bürger gegründet werden könne.

Bürgermeister Gottheil führt als Beispiel den Ausbau der Straße „Am Schlee“ durch vier Privatpersonen an und bestätigt die generelle Möglichkeit des Ausbaus einer Straße durch Privatpersonen. Er gibt aber zu bedenken, umso mehr Personen an einer solchen Baumaßnahme beteiligt seien, umso schwerer es werde, allen Ansprüchen gerecht zu werden. Bei vorliegenden Anträgen müsse entsprechend nach Sinnhaftigkeit abgewogen werden.

Ausschussvorsitzender Lembeck merkt an, dass ein Wirtschaftswegeverband nicht vorhanden und eine Umsetzung in Eigenregie schwierig sei.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass geschaut werden solle, wie andere Kommunen Vorhaben mittels eines Wirtschaftswegeverbandes umgesetzt hätten.

Fraktionsvorsitzender Kreuzfeldt wünscht die Erweiterung des Beschlussvorschlages um folgenden Passus:

Grundsätzlich soll eine Übertragung des Weges an den Antragssteller geprüft werden.

Ausschussmitglied Gövert möchte wissen, ob der Ausbau analog der Vorgaben durch die Flurbereinigungsbehörden vorgenommen werden solle.

Fachbereichsleiterin Brodkorb führt aus, dass die Flurbereinigungsbehörde zu dem Ausbaustandard von Wirtschaftswegen befragt worden sei und die derzeit gültigen DIN-Vorschriften für den Ausbau von Wirtschaftswegen als Grundlage für die Vereinbarung angewandt werden.

Fraktionsvorsitzender Steindorf äußert, dass es wichtig sei, dass sich nach Instandsetzungen das Wegerecht nicht verändere.

Der Ausschuss stimmt der Erweiterung des Beschlussvorschlages, wie von Fraktionsvorsitzender Kreuzfeldt gewünscht, ohne separate Abstimmung zur Beschlusserweiterung, zu.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag**:

Folgendem Grundsatzbeschluss wird zugestimmt:

Die Verwaltung wird ermächtigt, für den Ausbau von Wirtschaftswegen durch Dritte in Eigenleistung, die nur der Erschließung von einzelnen Hofstellen oder landwirtschaftlichen Flächen dienen, einen Bauerlaubnisvertrag zu schließen. Der jeweilige Vertragspartner hat die Ausbaukosten des Weges zu tragen. Der Ausbau ist nach geltendem Regelwerk durchzuführen.

Grundsätzlich soll eine Übertragung des Weges an den Antragssteller geprüft werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13 Erweiterung des DRK-Kindergartens "Zwergenland" im Ortsteil Darfeld
Vorlage: IX/708**

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/708 und gibt Erläuterungen.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass die Punkte 1 und 5 des Beschlussvorschlages in der Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses vom 07. Februar 2019 beraten und mit einstimmiger Beschlussempfehlung für den Rat positiv votiert worden seien. Heute gehe es um die Beratung und Beschlussfassung der Punkte 2, 3 und 4. In Darfeld sei ein großer Bedarf an Kitaplätzen vorhanden. Es sei Kontakt zu einem Architekturbüro bezüglich des Anbaus und der Kosten unter Inanspruchnahme des nebenliegenden Kleinspielfeldes aufgenommen worden. Auch der Antrag der WIR-Fraktion liege dem Büro zur Berücksichtigung vor. Mit dem Kreisjugendamt Coesfeld sei wegen der Inneneinrichtung Kontakt aufgenommen worden. Bei Vorliegen neuer Erkenntnisse werde entsprechend berichtet. Eine Inaugenscheinnahme der jetzigen Räume zur künftigen Nutzung solle ebenfalls erfolgen.

Ausschussmitglied Espelkott führt für die WIR-Fraktion aus, dass es in dem Antrag auf einen zweigeschossigen Anbau um eine möglichst geringe Inanspruchnahme des Kleinspielfeldes gehe. Die Zweigeschossigkeit sei ggf. auch Wunsch des Trägers.

Bürgermeister Gottheil geht davon aus, dass eine Zweigeschossigkeit allgemein kein Problem sei, da es diese auch an der neuen DRK-Kita „Panama“ in Holtwick gebe.

Fraktionsvorsitzender Kreuzfeldt führt für die SPD-Fraktion aus, dass aus ökologischen Gründen eine Zweigeschossigkeit favorisiert werde und die Planungen abzuwarten seien. Auch solle eine Nachnutzung der Räumlichkeiten geprüft werden.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag**:

1. Der Bürgermeister wird ermächtigt, mit dem DRK-Ortsverein Rosendahl und dem DRK-Kreisverband Coesfeld e.V. Gespräche zur Erweiterung des DRK-Kindergartens „Zwergenland“ sowie zur Betriebsführung durch die gemeinnützige GmbH des DRK-Kreisverbandes der bisherigen und zukünftig neu zu errichtenden Kita-Gruppen zum Kindergartenjahr 2019/2020 zu führen.
2. Zur Sicherstellung der Versorgung mit Kindergartenplätzen zum Kindergartenjahr 2019/2020 im OT Darfeld wird durch die Gemeinde Rosendahl am jetzigen Standort des DRK-Kindergartens „Zwergenland“ ein Anbau erstellt. Die Verwaltung wird beauftragt, in enger Abstimmung mit dem Träger der Einrichtung unter Beteiligung eines Architekten Vorschläge für die Umsetzung eines Anbaus für zwei Kita-Gruppen zu entwickeln und Planentwürfe zu erstellen.
3. Unter Berücksichtigung der noch zu erstellenden Planentwürfe wird die Verwaltung beauftragt, das erforderliche Bauleitplanverfahren vorzubereiten und durchzuführen.
4. Für das Haushaltsjahr 2019 werden über die Änderungsliste im Produkt Gebäudemanagement (10/01.015) für die Baumaßnahme Mittel in Höhe von 750.000 € bereitgestellt.

5. Für das Haushaltsjahr 2019 werden über die Änderungsliste im Produkt Förderung von Kindern in Tagesbetreuung (46/06.001) für die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen Mittel in Höhe von 125.000 € bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14 Haushaltsplan für das Jahr 2019: Beratung der Produkte in der Zuständigkeit des Ausschusses
Vorlage: IX/704

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/704 und gibt Erläuterungen. Anschließend wird jedes Produkt durch den Ausschuss behandelt.

10 Gebäudemanagement

Kämmerin Nürnberg geht auf die Änderungsliste ein und erläutert diese.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

36 Verkehrsangelegenheiten

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

51 Bauhof

Kämmerin Nürnberg geht auf die Änderungsliste ein und erläutert diese.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

53 Räumliche Planung und Entwicklung

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

54 Bauen und Wohnen

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

55 Denkmalschutz und Denkmalpflege

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

57 Straßen, Wege, Plätze und Verkehrsanlagen

Kämmerin Nürnberg geht auf die Änderungsliste ein und erläutert diese.

Fraktionsvorsitzender Weber möchte wissen, ob geplante Sanierungsmaßnahmen in 2019 KAG-Beitragspflichtig seien.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass ein Teil des Radweges an der Midlicher Straße in Osterwick KAG-Beitragspflichtig sei. Durch die Schaffung des Produktes 61 – Klimaschutz – sollen gesonderte Aktionen ausgewiesen werden, so Bürgermeister Gottheil. Zu dem Antrag der WIR-Fraktion, welcher der Niederschrift als **Anlage II** beiliegt, führt Bürgermeister Gottheil aus, dass dieser bei diesem Produkt 57 beraten werde und es solle der Haushaltsansatz um 25.000 € für die Kostenermittlung und Umsetzung einer Musterstraße erhöht werden.

Für den Fraktionsvorsitzenden Steindorf sei die Erhöhung des Haushaltsansatzes kein Problem und der Fachausschuss solle sich mit der Umsetzung der Maßnahme beschäftigen.

Fraktionsvorsitzender Kreuzfeldt erwarte keinen Erfolg durch eine Musterstraße. Es müsse geklärt werden, mit welchen Leuchtmitteln die Musterstraße ausgestattet werde.

Ausschussvorsitzender Lembeck sieht die Erhöhung des Haushaltsansatzes als Möglichkeit für eine entsprechende Planung.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass die Bode Planungsgesellschaft eine Übersicht mit verschiedenen Lampentypen nach Energieverbrauch und Alter bekommen habe und bei der bisherigen Planung bzw. Beratung darauf fokussiert gewesen sei, was passiere, wenn ein Austausch vorgenommen werde, da Lampentypen vorhanden seien, die baldigst ausgetauscht werden sollten. Um Fördermittel zu erhalten, müsse ein Einsparpotenzial von über 50 % erreicht werden.

Ausschussmitglied Espelkott bestätigt, dass eine umfassende Planung hierzu vorgenommen werden müsse und eine Ansatzserhöhung zur Handlungsfähigkeit erfolgen solle.

Bürgermeister Gottheil ergänzt, dass genau überlegt werden solle, welcher Weg zur Steigerung der Produktivität bei einer gleichzeitigen Kostensenkung beschritten werde.

Fraktionsvorsitzender Weber spricht sich für eine umfassende Planung aus, um die entsprechende Straße beleuchtungstechnisch unter Beachtung von Vorgaben zu analysieren, dies auch im Hinblick auf die Kosten.

Fraktionsvorsitzender Steindorf merkt an, dass seiner Meinung nach die Formulierung des Antrages der WIR-Fraktion ein Problem darstelle, um einen entsprechenden Haushaltsansatz einzustellen.

Ausschussvorsitzender Lembeck ergänzt, dass ein Sperrvermerk für den Haushaltsansatz möglich sei.

Fachbereichsleiterin Brodkorb macht deutlich, dass die Haushaltsmittel sowohl für die entsprechende Planung wie auch die Umsetzung der Maßnahme benötigt würden.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass eine Umsetzung der Maßnahme investiv vorgenommen werde und eine Bildung eines Haushaltsansatzes erfolgen solle. Der plane-rische Ansatz solle nicht mit einem Sperrvermerk versehen werden. Bei Vorliegen neuer Erkenntnisse werde entsprechend berichtet.

Ausschussmitglied Wigger teilt mit, dass Beleuchtungskörper ausgetauscht worden seien und er möchte wissen, ob hierdurch Vergleichsmöglichkeiten vorliegen.

Fachbereichsleiterin Brodkorb führt aus, dass durch die verschiedenen Typen der Straßenbeleuchtungen der ausführenden Firma Grethen keine Vergleichbarkeit ermöglicht worden sei und deshalb eine umfassende Planung nötig sei.

Anschließend lässt Ausschussvorsitzender Lembeck über den Antrag der WIR-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Antrag der WIR-Fraktion ist **angenommen**.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

58 Winterdienst

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

59 Natur- und Landschaftsschutz

Fraktionsvorsitzender Weber geht auf den Punkt 10 (Erstellung eines Umweltberichtes) ein und fordert aufgrund der bekannten Erfordernisse ein Handeln der Verwaltung. Er stelle für die B'90/Die Grünen-Fraktion den Antrag, den Punkt 10 dem Produkt 61 unter Einstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 50.000 € zuzuordnen. Bei der Erstellung eines Umweltberichtes müsse externe Hilfe, aufgrund der Komplexibilität, in Anspruch genommen werden, damit für Rosendahl eine Änderung herbeigeführt werde.

Fachbereichsleiterin Brodkorb erläutert, dass in dem Produkt 61 nur Mittel in Höhe von 1.000 € eingestellt seien, da auch andere Produkte Maßnahmen zum „Klima und Naturschutz“ beinhalten.

Fraktionsvorsitzender Steindorf sehe auch Handlungsbedarf, da Klimaschutz ein wichtiges Thema sei. Da es sich aber um eine komplexe Materie handele, möchte er wissen, wie nun weiter vorgegangen werden solle.

Fachbereichsleiterin Brodkorb führt aus, dass als erste Maßnahmen Wildblumenflächen ausgesät werden sollen. Sie stimmt zu, dass die Erstellung eines Umweltberichtes mit einem sehr großen Aufwand verbunden sei, da viele Daten und Fakten dazu zusammen getragen werden müssen. Außerdem sei zu prüfen, ob die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes förderfähig sei.

Anschließend lässt Ausschussvorsitzender Lembeck darüber abstimmen den Punkt 10 dieses Produktes dem Produkt 61 – Klimaschutz – zuzuordnen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion ist **angenommen**.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

60 Öffentliche Grünflächen

Kämmerin Nürnberg geht auf die Änderungsliste ein und erläutert diese.

Fraktionsvorsitzender Weber geht auf die Umgestaltung des Naturdenkmals „Holtwicker Ei“ in Holtwick ein und erläutert, dass Anlieger bei Gruppentreffen Befürchtungen vor dem Lärmpegel haben. Es solle überlegt werden, einen entsprechenden Schallschutz anzubringen.

Fachbereichsleiterin Brodkorb führt aus, dass die geplanten Aufenthaltsräume eventuell mit einem Mauerwerk versehen werden können.

Fraktionsvorsitzender Steindorf möchte wissen, ob er es richtig verstanden habe, dass das Naturdenkmal ummauert werden solle.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass eine komplette Umgestaltung des Naturdenkmals (also des Steins selbst) nicht angedacht sei und erst nur die Einbringung von Kies und die Einsaat von Rasen bis an das „Holtwicker Ei“ sowie eine behindertengerechte Rampenkonstruktion vorgesehen sei. Er bestätigt, dass für den Anlieger der Haus-Nr. 7 eine gewisse Geräuschkulisse problematisch sein könne.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

61 Klima- und Umweltschutz

Ausschussvorsitzender Lembeck lässt über den Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion über die Umbenennung des Produktes 61 in „Klima- und Umweltschutz“ abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion ist **angenommen**.

Ausschussmitglied Espelkott teilt mit, dass eine Zusammenstellung von Maßnahmen für Rosendahl vorhanden sei und möchte wissen, ob diese Zusammenstellung zur Konkretisierung von Maßnahmen genommen werden könne.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass die Zusammenfassung von Maßnahmen durch einen Referendar der Bezirksregierung erstellt worden sei und diese noch keinen Anspruch auf Vollständigkeit habe. Es könnten wohl verschiedene Belastungen abgeleitet werden, aber aufgrund der Komplexität der Materie nicht ausreichend zur Erstellung eines Umweltberichtes sei. Er möchte so vorgehen, dass möglichst umweltschonende Maßnahmen wie z.B. Anschaffung eines E-Autos und die Nutzung eines E-Bikes vorgenommen werden, um einen unmittelbaren Mehrwert zu erzielen.

Fraktionsvorsitzender Weber geht auf das Schadstoffproblem an den Kläranlagen Rosendahl ein und plädiert weiterhin für die Bekämpfung der Schadstoffe auf die Implementierung einer vierten Reinigungsstufe. Auch solle sich ein Überblick über die Verursachung der Schadstoffe verschafft werden.

Fraktionsvorsitzender Kreuzfeldt macht deutlich, dass seiner Meinung nach aus einem Umweltbericht eine Verbesserung der Umwelt nicht ersehen werden könne.

Fraktionsvorsitzender Weber entgegnet, dass sehr wohl aus einem Umweltbericht Maßnahmen abgeleitet werden können und es nur noch die Entscheidung über die Umsetzung von Maßnahmen getroffen werden müsse.

Fraktionsvorsitzender Steindorf spricht sich für eine umfassende Bestandsaufnahme aus, um abschließend zu beraten, welche Maßnahmen zu ergreifen seien. Dafür werde aber kein Umweltbericht für 50.000 € gebraucht.

Anschließend lässt Ausschussvorsitzender Lembeck über den Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion auf Erhöhung der Mittel um 50.000 € für die Erstellung eines Umweltberichtes abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen

Der Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion ist **abgelehnt**.

Es erfolgen insgesamt keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag**:

Die im Entwurf des Haushaltes 2019 enthaltenen Teilergebnispläne für die Produkte

10	Gebäudemanagement
36	Verkehrsangelegenheiten
51	Bauhof
53	Räumliche Planung und Entwicklung
54	Bauen und Wohnen
55	Denkmalschutz und Denkmalpflege
57	Straßen, Wege, Plätze und Verkehrsanlagen
58	Winterdienst
59	Natur- und Landschaftsschutz
60	Öffentliche Grünflächen
61	Klimaschutz

werden dem Rat unter Berücksichtigung der sich aus Einzelbeschlüssen ergebenden Veränderungen sowie Einbeziehung der sich hieraus ergebenden Anpassungserfordernisse zur Beschlussfassung im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes 2019 empfohlen.

15 Mitteilungen

15.1 Haus-zu-Haus-Beratungen - Bürgermeister Gottheil

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass im Rahmen der „Haus-zu-Hausberatung“ rd. 200 Haushalte im Ortsteil Osterwick aufgesucht worden seien und ein Abschlussgespräch stattgefunden habe. In der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 04. April 2019 solle entsprechend berichtet werden.

16 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (2. Teil)

16.1 Austausch der Straßenbeleuchtung an der von-Eichendorff-Straße/Landskroner Straße in Osterwick - Herr Kramer

Herr Kramer sieht in dem vorgenommenen Austausch der Straßenbeleuchtung an der von-Eichendorff-Straße/Landskroner Straße keine Ersparnisse gegeben und wünscht einen entsprechenden Ortstermin, auch zur Klärung der finanziellen Auswirkungen.

Ausschussvorsitzender Lembeck nimmt die Anregung auf.

Guido Lembeck
Ausschussvorsitzender

Marco Heitz
Schriftführer